PROTOKOLL ONLINE-VERANSTALTUNG – Videochat über die Plattform Zoom

24. Juni 2021, 19:00 bis 21:00 Uhr

TEILNEHMENDE

Bürgermeisterin Britta Lang
BCS STADT + REGION Lübeck (Sebastian Lopitz und Susanne Waldt)
12 Bürger:innen der Gemeinde Mittelangeln

BEGRÜSSUNG UND PRÄSENTATIONEN

Die Bürgermeisterin Frau Lang begrüßte die 12 Teilnehmenden zur heutigen Veranstaltung. Danach beschrieb Hr. Lopitz in der Einleitung noch einmal kurz die Funktion und das Ziel des Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes sowie den bisherigen Sachstand des Planungs- und Beteiligungsprozesses in Form der Haushaltsbefragung, der Online-Beteiligung über das Beteiligungsportal planemit.de und Facebook sowie der Bestandsanalyse.

Fr. Waldt begann mit der ersten Präsentation und stellte die wesentlichen Ergebnisse der Haushaltsbefragung vor. Die ausführliche Auswertung stand vorab bereits online auf planemit.de/mittelangeln/info als PDF-Dokument zur Verfügung.

In der zweiten Präsentation wurden die Ergebnisse der Online-Beteiligung zum Thema Verkehr, die auf planemit.de/mittelangeln/verkehr sowie auf der Facebook-Seite der Gemeinde und in der Facebook-Gruppe „Satrupsbook“ stattfand, von Hr. Lopitz vorgestellt. Die wichtigsten Ergebnisse aus dieser Beteiligung haben in der freien Diskussionsrunde den Schwerpunkt der Online-Veranstaltung gebildet.

FREIE DISKUSSIONSRUNDE

Bevor es in die freie Diskussionsrunde ging, fasste Hr. Lopitz die Anregungen, Missstände und Ideen zum Thema Verkehr in Mittelangeln zusammen und visualisierte und demonstrierte im Zuge dessen die verkehrlichen Probleme durch Fotos, statistischen Angaben und weiteren Daten.

Dabei wurden schon die ersten Herausforderungen deutlich:

- Hauptproblemfeld ist die verkehrliche Belastung der Kreuzung und des Rückstaus von der Kreuzung, vor allem zu den Stoßzeiten,
- der Straßenquerschnitt der Hauptstraßen ist baulich aufs Grundmaß ausgeschöpft, sodass kaum bauliche Veränderungen möglich sind,
- tlw. zu enge Fuß- und Radwege,
- schlecht einsehbare Kreuzungsbereiche und Ein- und Ausfahrten (z.B. durch zu hohe Hecken),
- Straßenbaulastträger der Hauptstraßen ist der LBV.SH, d.h. Hauptstraßen sind nicht im Gemeindeeigentum sondern im Eigentum des Landes Schleswig-Holstein und
- alternative Wegeverbindungen für den Fuß- und Radverkehr abseits der Hauptstraßen schaffen (z.B. durch Fahrradstraßen in den Nebenstraßen und Einrichtung neuer Wege).

Nach der Vorstellung konnten die Teilnehmenden ihre Meinung und Vorstellungen zu den Anregungen nennen. Dabei konnte die Bürgermeisterin auch schon positive Nachrichten hinsichtlich bereits umgesetzter oder in Planung befindlicher Maßnahmen erläutern. So wird bspw. die Gefahrensituation an der Einmündung Flensburger Straße/Schwienbrück entschärft, indem der Fuß- und Radweg dort begradigt und der Erdwall an der Ecke zurückgebaut wird, sodass die Auto- und Radfahrer:innen einen bessere Sicht in den Kreuzungsbereich haben.

Des Weiteren werden Gespräche geführt, dass eine alternative Wegeverbindung von der Glücksburger Straße zum Dennertweg bzw. Schulkomplex angelegt wird, um dem Fuß- und Radverkehr eine Wegeverbindung abseits der Hauptstraße zu ermöglichen.

Weiterhin wurde das Busangebot zum Bahnhof Sörup so verbessert, dass Anschluss an den Zugverkehr besteht und dass die Busse unter der Woche morgens früher und abends länger sowie am Wochenende tagsüber regelmäßig fahren. Für die Neugestaltung des ZOB wird ein städtebaulicher Wettbewerb ausgeschrieben.

Die eigentliche Diskussion vertiefte vor allem die Themen aus der Online-Beteiligung, die sich wie folgt zusammentragen lassen (Reihenfolge ohne Wertung):

Entlastung der Kreuzung und Hauptstraßen

- Umgehungsstraße
    - wie im Flächennutzungsplan bereits dargestellt: südlich der Firma Redlefsen mit eigener Werkszufahrt und besserer Anbindung an die Feuerwehr Esmark-Rehberg,
- Umleitung der Landwirtschaftsmaschinen zur Biogasanlage auf anderen Wegen, nicht durch den Ortskern (z.B. auf Wirtschaftswegen) => Landwirte beteiligen

Geschwindigkeitsreduzierung und -kontrollen

- Verlängerung der 30er-Zonen => Problem: Gemeinde ist nicht Baulastträger der Hauptstraßen, sondern das Land, das bei einer Beurteilung der Höchstgeschwindigkeiten lokale Gegebenheiten weniger stark berücksichtigt als die übergeordnete Verbindungsfunktion der Straßen
- temporäre Geschwindigkeitsreduzierung, z.B. nachts, für Schwerlastverkehr
- Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, auch in den Nebenstraßen => dabei muss im Zuge des Verkehrsgutachten erarbeitet werden, wo solche Maßnahmen sinnvoll bzw. am sinnvollsten sind und wie man diese umsetzen kann, z.B.:
    - „Smiley-Schilder“
    - Bedarfsampel (z.B. auf der Flensburger)
    - Aufpflasterungen oder Schwellen
    - Fahrbahnverengung
- mehr Geschwindigkeitskontrollen / Sensibilisierung für Geschwindigkeitsreduzierung

Straßen- und Wegesanierung

- Sanierung aller Landstraßen => im Zuge dessen ebenfalls Sanierung der Fuß- und Radwege entlang der Landstraßen

neue Wegeverbindungen

- Verlängerung des neuen Weges von der Glücksburger Straße zum Dennertweg weiter nach Westen bis zur Straße „Wolleshuus“
- Verbindung Mariannenweg zur Flensburger Straße

Verkehrsführung anpassen

- Straße „Zum Schwimmbad“ zur Einbahnstraße umwidmen (über Zum Schwimmbad - Schule - Flensburger Straße) <u>oder</u>
- Straße „Zum Schwimmbad“ zur Spielstraße umwidmen
- Ein- und Ausfahrt auf die Flensburger Straße beim „ADS Kindergarten“ regeln/anpassen

Sonstiges

- größerer Parkplatz mit dem Bau des neuen Sportplatzes
- Verkehrszählung und -messung (Lärm, Emissionen & Immissionen) im Rahmen des Verkehrsgutachten

FAZIT

Die Online-Beteiligung und -Veranstaltung verdeutlichen eins der dringenden Ziele im Rahmen des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes: die Entlastung der Hauptstraßen, da durch die hohe Verkehrsbelastung ein Verkehrskollaps droht. Gleichzeitig muss aufgrund der hohen Verkehrsdichte im Ortskern die Verkehrssicherheit in Form von Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung und -kontrollen gewährleistet sein. Dabei zählen **Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung und -kontrollen** zu den **kurzfristig** realisierbaren Möglichkeiten, während eine **Umgehungsstraße** als **längerfristige** Maßnahme geplant werden muss.

Schleswig-Holstein Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration
Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
Die Haushaltsbefragung und Online-Beteiligung sind Bestandteil der Vorbereitenden Untersuchungen mit Integriertem Städtebaulichen Entwicklungskonzept für den Ortsteil Satrup der Gemeinde Mittelangeln. Diese werden im Rahmen der Städtebauförderung von Bund, Ländern und Gemeinden gefördert.